

Regierung will Regelung überdenken

KANTON BERN Teilerfolg für sechs Thuner Grossräte: Sie hatten verlangt, dass auch Gemeinden wiederkehrende Gelder aus dem Lotteriefonds für Schlösser erhalten. Ihre Motion wurde gestern als Postulat überwiesen. Der Kanton wird nun im Rahmen der Lotteriegesetzrevision die bisherige Regelung überdenken.

Es war gestern von Beginn an klar, dass die Motion der sechs Thuner Grossräte im Parlament keine Chance haben würde (siehe Kasten): Zu gross waren die Ängste von anderen Gemeindevertretern, dass ihre eigenen Denkmäler von Beitragskürzungen betroffen wären.

Deshalb legte Sprecher **Raphael Lanz (SVP)** gleich in seinem Eintretensvotum den Kantonsparlamentariern einen «Vorschlag zur Güte» ans Herz, in welchem er beantragte, die geltende Rechtslage bei der anstehenden Revision des Lotteriegesetzes zu überprüfen. «Denn», argumentierte der **Thuner Stadtpräsident**, «die derzeitige Regelung für die Verteilung von wiederkehrenden Beiträgen aus dem Lotteriefonds leuchtet nicht ein.» Auch Gemeinden sollten als Besitzer von Schlössern in den Genuss solcher Zahlungen kommen: «Schliesslich», so **Lanz**, «gibt es nichts Gemeinnützigeres als eine Gemeinde.» Er zeigte sich in der Folge aber bereit, seine Motion in ein unverbindliches Postulat umzuwandeln.

Regierung ist gesprächsbereit

Dieser Vorschlag stiess bei Regierungsrat Hans-Jürg Käser (FDP) auf offene Ohren. Der Vorsteher der Polizei- und Militärdirektion, zu welcher auch der Lotteriefonds gehört, warnte zwar davor, Gemeinden als gemeinnützige Organisationen einzustufen, weil damit «alle bisherigen Regelungen des Sport- und Lotteriefonds ausgehebelt» würden. Dennoch zeigte er sich gesprächsbereit: «Der Vorschlag von **Grossrat Lanz** ist eine gute Idee. Wir können bei der Revision des Gesetzes überlegen, wie wir künftig mit den Geldern aus dem Lotteriefonds umgehen wollen.» Erst gelte es aber die Überarbeitung des eidgenössischen Lotteriegesetzes abzuwarten.

Keine klare Sache

Dass die Überweisung des Postulats dennoch alles andere als eine klare Sache war, zeigte sich in der anschliessenden Diskussion: «Wenn wir den Kreis der Bezugsberechtigten weiter ausdehnen, hat dies Kürzungen für die bisherigen Empfänger zur Folge», meinte etwa Stefan Costa im Namen der FDP-Fraktion. Und auch EVP-Sprecherin Barbara Streit-Stettler warnte davor, den Lotteriefonds als Godelsel zu missbrauchen. Vielmehr sei es an der Stadt Thun, anderweitig

Gelder zu generieren, etwa durch höhere Mietpreise für den Rittersaal oder durch ein besseres Betriebskonzept. Weil der Vorstoss ohne effektive Kostenangaben formuliert sei, lehne ihre Fraktion das Postulat ab.

Auch andere Stimmen

Aber es gab eben auch andere Stimmen: So sicherte die SVP-Fraktion eine «grossmehrheitliche Unterstützung» des Geschäfts zu. Und der Interlakner Gemeindepräsident Urs Graf wies zwar als SP-Sprecher auf die Gefahren einer «Lex Thun» hin, zeigte sich aber dennoch bereit, das Postulat zu unterstützen, da «durchaus noch Erklärungsbedarf» bestehe.

Ähnlich tönte es seitens der BDP, die es laut Sprecher Samuel Leuenberger als «unschön» erachtet, dass die Rechtsform des Bezügers massgeblich dafür sei, ob Lotteriegelder flössen oder nicht.

Wo der Sündenfall geschah

Thomas Brönnimann von der GLP-Fraktion schliesslich ortete das Problem noch woanders: «Der Sündenfall geschah, als der Lotteriefonds begann, wiederkehrende Gelder auszuschütten», analysierte er und wollte von Regierungsrat Käser wissen, ob die nachträgliche Gründung einer Stiftung zum Bezug von Geldern wirklich rechtsmissbräuchlich sei. Schliesslich stehe seine Wohngemeinde Köniz genau vor diesem Schritt.

Regierungsrat Käser bestätigte diese Frage, indem er aus einem Rechtsgutachten zitierte, wonach eine Stiftung, die mit der alleinigen Absicht gegründet werde, wiederkehrende Gelder aus dem Lotteriefonds zu beantragen, rechtsmissbräuchlich sei.

Gleich lange Spiesse für alle

«Genau das ist störend am Ganzen», entgegnete ihm **Raphael Lanz**. «Denn in Burgdorf hat der Kanton selber die Gründung einer Stiftung aus genau diesem Grund vorgeschlagen.» Deshalb, so **Lanz**, sei es so wichtig, nun den gesetzgeberischen Weg zu beschreiten und für alle Schlossbesitzer gleich lange Spiesse zu schaffen. «Unser oberstes Ziel muss es doch sein, Baudenkmäler von nationaler Bedeutung der Nachwelt zu erhalten.»

Das Postulat wurde schliesslich mit 69 Ja- gegenüber 55 Nein-Stimmen überwiesen.

Barbara Schluchter-Donski



Das Schloss Thun erhält (noch) keine wiederkehrenden Gelder aus dem Lotteriefonds: Der Grosse Rat hat gestern ein Postulat überwiesen, das eine Überprüfung der derzeitigen Praxis verlangt.

Markus Hubacher

DARUM GEHT ES

In der Motion, welche gestern im Grosse Rat **zum Postulat umgewandelt und schliesslich überwiesen wurde** (siehe Haupttext), fordern fünf Thuner Grossräte **um den Thuner Stadtpräsidenten Raphael Lanz (SVP)** eine **Gleichbehandlung aller Besitzer der Schlösser von nationaler Bedeutung**. Derzeit kommen nur Organisationen mit

gemeinnützigem Zweck in den Genuss von **wiederkehrenden Geldern aus dem Lotteriefonds**. So erhalten zum Beispiel die Schlösser Spiez und Oberhofen Beiträge von über 550 000 Franken jährlich. Dies mit der Begründung, dass Gemeinden andere Möglichkeiten hätten, Gelder zu erwirtschaften. **Raphael Lanz**, Daniel Beutler (EDU), An-

drea de Meuron (Grüne), Marianne Dumermuth (SP), Marc Jost (EVP) und Peter Siegenthaler (SP) fordern deshalb eine **Anpassung des Lotterierechts**, damit auch Gemeinden wiederkehrende Gelder für den Erhalt und die Pflege eines Schlosses erhalten. In Thun geht es dabei lediglich um den Donjon, der noch im Besitz der Stadt ist. *don*

O Ton

«Die Gemeinde ist die Mutter aller gemeinnützigen Organisationen.»

*Grossrätin **Andrea de Meuron (Grüne)** in ihrer Erklärung, weshalb nicht nur gemeinnützige Organisationen, die Schlösser besitzen, wiederkehrende Gelder aus dem Lotteriefonds erhalten sollten.*

«Wir können nicht Begriffe wie Gemeinnützigkeit und Wohltätigkeit, die seit Jahren auf Bundes- und Kantonebene klar geregelt sind, heute abend um 18.10 Uhr plötzlich neu definieren.»

*Die entsprechende Antwort von Regierungsrat **Hans-Jürg Käser (FDP)**.*

«Heute fliessen immer mehr Lotteriegelder in die Hardware statt in die Software.»

*GLP-Sprecher **Thomas Brönnimann** prangert den «Sündenfall» an, als der Kanton begann, wiederkehrende Gelder aus dem Lotteriefonds auszuschütten.*

«Wenn auch Gemeinden wie Thun Gelder aus dem Fonds erhalten, drohen uns erhebliche Kürzungen, und wir müssten die Schloss-Schlüssel schon bald an den Kanton zurückgeben.»

*Einzelsprecher **Hans-Rudolf Saxer (FDP)** bangt als Stiftungsrat von Schloss Landshut um die Zukunft «seines» Schlosses.*

«Ich war doch sehr erstaunt, dass ich dieser Zeitung entnehmen musste, dass uns die Kantonsverwaltung vorschlägt, die Steuern anzuheben, damit wir das Schloss finanzieren können. Auf solche Ratschläge würden wir in Zukunft gerne verzichten.»

*Der **Thuner Stadtpräsident** und **Grossrat Raphael Lanz (SVP)** in seinem gestrigen Schlussvotum.*

Bautätigkeit führt zu Minus im Budget

THUN Die Burgergemeinde erwartet 2017 ein Defizit von 1,65 Millionen Franken. Grund ist der Neubau von Pflegeheim und Seniorenwohnungen.

«Es war ein arbeitsintensives Jahr. Und das nächste wird nicht einfacher», stellte Präsident Markus Engemann an der gut besuchten Versammlung der Burgergemeinde Thun im Stadtratsaal fest. Bei einem Aufwand von 21,612 Millionen Franken wird im Budget 2017 mit einem Defizit von 1,165 Millionen Franken gerechnet. Es wird aus der Spezialfinanzierung Spital und Waisengut gedeckt. Wie Verwalter Christoph Spichiger darlegte, liegt der Grund für das Defizit im Neubau

der Seniorenwohnungen und des Pflegeheims an der Bernstrasse. Erstere werden im Herbst 2017 und das Heim ein Jahr später bezugsbereit. «Bis jetzt konnten wir die Investitionen aus eigenen Mitteln finanzieren», erläuterte Spichiger. Für das 49-Millionen-Franken-Projekt werden auch Fremdmittel nötig. Diese sollen gemäss Finanzplan ab 2020 abgetragen werden können.

Auch für den Forstbetrieb wird ein Defizit von 40 500 Franken erwartet. Es wird aus dessen

Fonds gedeckt. Bekanntlich gibt die Burgergemeinde den Forstbetrieb auf und arbeitet mit Dritten (wir berichteten).

Start der Verjüngung

Im Burgerrat stehen in absehbarer Zeit diverse, zum Teil altersbedingte, Demissionen an. Um die Kontinuität zu wahren, wird der Rat schrittweise verjüngt. Deshalb macht Bernhard Schaufelberger Platz. Er gehört dem Rat seit 15 Jahren an. Die Versammlung verabschiedete ihn mit dankendem Applaus für sein Engagement und seine rücksichtsvolle Weitsicht. Er wird durch die 45-jährige Fürspre-

cherin Andrea Lanz Müller ersetzt.

Viele neue Burger

Das gelockerte Reglement für Einbürgerungen bewährt sich. An der Versammlung erhielten 5 Personen den Bürgerbrief und 26 wurde das Bürgerrecht einstimmig zugesichert. Das ergibt der Burgergemeinde 20 600 Gebührent Franken. «Die Burgergemeinde ist kein Auslaufmodell», freute sich Präsident Markus Engemann. Traditionell schloss die letzte diesjährige Burgerversammlung mit einem gemeinsamen Treffen und Essen in der Metzgern. *Nelly Kolb*

«Die Burgergemeinde ist kein Auslaufmodell.»

*Markus Engemann
Präsident der Burgergemeinde*

Gedenkfeier für Gertsch

WENGEN In einer Mitteilung drückt der Verein Internationale Lauberhornrennen sein Beileid aus zum Tod von Viktor Gertsch. Ihr langjähriger Präsident war am Samstag im Alter von 74 Jahren verstorben. «Bescheidenheit ist eine Tugend, die Viktor vorbildlich vorzuleben wusste», hält der Verein unter anderem fest. Und so sei es Viktor Gertschs letzter Wunsch, dass seine Abdankung im engsten Familienkreis stattfinde. Aber: Eine öffentliche Abschiedsfeier findet am Dienstag, 13. Dezember, um 14 Uhr in der Konzerthalle des Kongresszentrums Interlaken statt. *aka*